



NIE WIEDER !

NACHRICHTEN EUROPÄISCHER BÜRGERINITIATIVEN

Ausgabe 1 / 2015

Eine Beilage des „13.“. Journalist: Günter Annen

Cestarostraße 2, D-69469 Weinheim

Tel. und Fax: 0049 (0) 6201-2909929/28

E-Mail: info@babycaust.de

Man muss sich heute genau überlegen was man sagt:

Zensur gab es doch früher einmal Aber: Sie ist jetzt wieder eingeführt!

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) ist eine selbstständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Dienstsitz ist Bonn. Sie setzt sich zusammen aus hauptamtlich tätigem Personal und ehrenamtlich tätigen Beisitzerinnen und Beisitzern der Gremien (12er-Gremium und 3er-Gremium).

Die Aufgaben dieser „Jugendschutzbehörde“ sind nach eigener Darstellung: „Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) ist zuständig für die Indizierung von Träger- und Telemedien mit jugendgefährdendem Inhalt. Rechtsgrundlage ist das Jugendschutzgesetz (JuSchG). Medien sind jugendgefährdend, wenn sie geeignet sind, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu gefährden.“

Weiter lesen wir: „Jugendmedienschutz hat die Aufgabe, Einflüsse der Erwachsenenwelt, die nicht dem Entwicklungsstand der Minderjährigen entsprechen, von diesen fern zu halten und Kinder und Jugendliche so bei ihrer Persönlichkeits-

entwicklung zu unterstützen.“

Immer Ärger...

Noch zu Lebzeiten **Martin Humers** haben wir uns mit dieser sogenannten „Jugendschutz“-behörde in Deutschland auseinandersetzen müssen. Damals ging es um die Homepage „Babycaust.de“, die indiziert wurde. Die veröffentlichten realen Abtreibungsbilder seien für Kinder- und Jugendliche desorientierend und schädigend, hieß es in der Begründung. Man forderte von uns eine Zugangsabsicherung mit Paßnachweis einzurichten (wie bei Pornoseiten), damit Kinder und Jugendliche zwischen sechs Uhr und 22 Uhr die Seiten nicht abrufen können. Nachdem ich die Abtreibungsbilder auf 3-4 Bilder reduziert

hatte, wurde die Indizierung wieder aufgehoben.

...mit der Wahrheit

Im aktuellen Fall geht es nun um die Homepage www.abtreiber.com. Auf dieser Homepage sind hunderte von Abtreibermediziner gelistet. Außerdem sind Anzeigen gegen Abtreiber und Schriftsätze von Staatsanwaltschaften dokumentiert. Nun sollte man wissen, dass sich in unserer Bundeshauptstadt Berlin die meisten Abtreibungsärzte tummeln. Zudem hatte ich einige „Auseinandersetzungen“, unter anderem mit einem Berliner Massenabtreiber. Darüber berichtete der „Rundfunk Berlin-Brandenburg“ am 13. April 2011 in einem fast fünfminütigen Hetzbeitrag. Von daher ist es nicht verwunderlich, dass gerade die Berliner

Ärzttekammer eine Indizierung von „Abtreiber.com“ beantragte.

Die Anhörung vor der Bundesprüfstelle in Bonn am 4. Dezember 2014 verlief noch schlimmer, als ich es erwartet hatte: Meinem Rechtsanwalt, Herrn **Leo Lennartz**, wurde nicht ausreichend Zeit gewährt, um auf einzelne Streitpunkte eingehen zu können. Frau **Elke Monsen-Engberding**, seit über zwei Jahrzehnten Vorsitzende des Gremiums, erklärte plötzlich die Anhörung für beendet und wir wurden rausgeschmissen. Die Entscheidung dieses „12er-Jugendschutz Gremiums“ erhielt ich einige Tage später zugestellt.

Diesmal waren es nicht die drei oder vier Abtreibungsbilder, die auf der Homepage „abtreiber.com“ zu finden sind. Es waren auch nicht Beiträge, die dem heutigen Kindermord (Babycaust) den Holocaust gegenüberstellten, oder Aussagen eines

Fortsetzung Seite 16

Impressum: Eigentümer (zu 100%) und Herausgeber von „Nie Wieder!“ ist die Christlich-Soziale-Arbeitsgemeinschaft (CSA) in 4730 Waizenkirchen, Feldweg 1, Österreich. Die vorliegende Ausgabe von „Nie Wieder“ ist eine Beilage der Monatspublikation „Der 13.“.

Eine Vervielfältigung in welcher Form auch immer ist erwünscht.

Fortsetzung von Seite 15
katholischen Erzbischofs zur Abtreibung oder ein Gedicht von **Wolf Martin**, welches einmal in der Kronenzeitung veröffentlicht wurde.

Ausschlaggebend waren nicht die Beiträge auf „abtreiber.com“, sondern eine Verlinkung auf die neu gestaltete Homepage von „Babykaust.de“. Auf dieser Homepage befinden sich einige Berichte über die sexuelle Orientierung, die nicht mit der Meinung des Gremiums übereinstimmen. Die Bundesprüfstelle sieht in ei-

nigen Textbeiträgen zur Homosexualität eine „bewußte Diffamierung und Ausgrenzung von Homosexuellen“. Weder meine Meinung über Homosexualität noch Meinungen anderer Persönlichkeiten, wenn sie gegen den Mainstream gerichtet sind, dürfen nun laut Bundesprüfstelle zwischen 6.00 Uhr und 22.00 Uhr veröffentlicht werden. So zum Beispiel, dass Homosexualität wider-natürlich und somit nicht normal sei... diese und ähnliche Aussagen sind „in erheblichen Maße geeignet,

Jugendliche sozialetisch zu desorientieren“.

In der vierzehnteiligen Indizierungsbegründung heißt es außerdem: „... dass durch die Indizierung nicht die Äußerung der betreffenden – religiös motivierten Auffassung schlechthin untersagt wird, sondern lediglich eine Verbreitung gegenüber Jugendlichen. Dem Verfahrens-beteiligten (Anm.: Günter Annen) bleibe es also unbenommen, seine Ansichten über Homosexualität weiterhin kund zu tun, solange sichergestellt ist, dass diese

nicht einem jugendlichen Publikum zugänglich gemacht wird“. Die Bundesprüfstelle sieht in den veröffentlichten Texten über Homosexualität „einen erheblichen Grad der Jugendgefährdung“, weshalb „dem Jugendschutz Vorrang vor der Bekenntnisfreiheit zugeben sei.“

Die ausführliche Begründung der Bundesprüfstelle können Sie auf www.csa-austria.com nachlesen. Gegen diese Entscheidung werde ich natürlich Rechtsmittel einlegen. **Günter Annen**

Das größte Tabu-Thema unserer Zeit:

Ein Gespräch Dr. Josef Preßlmayrs mit Dipl.-Ing. Andreas Kirchmair

„Wer heute wirklich Lebensschützer sein will, muß bereit sein, quasi wie ein Widerstandskämpfer zu leben“, meint Dipl.-Ing. Andreas Kirchmair. Denn die Situation ist seit Jahrzehnten unerträglich und schreit zum Himmel: „Die ungeborenen Kinder haben keine Lobby, keine Parlamentspartei tritt für sie ein und die Kirchen in Österreich haben andere Prioritäten als den Lebensschutz.“ Der Lebensrechtler ist kürzlich 60 Jahre alt geworden, ist gebürtiger Wiener, lebt seit 1986 in der Weststeiermark, ist verheiratet und hat vier erwachsene Kinder. Er ist Unternehmensberater. In der katholischen Kirche übte er in den vergangenen zwanzig Jahren diverse ehrenamtliche Funktionen aus, darunter den Vorsitz des Diözesankomitees Katholischer Organisationen Steiermarks (DKO) in der Diözese Graz-Seckau (2003 - 2006). Dr. Josef Preßlmayer sprach mit ihm.

Sehr wichtig ist die Petition „Katholiken Pro Life statt Pro Choice“ – kath-prolife.at - an Benedikt XVI., mit bisher zirka 1000 Unterzeichnern, die wir auf ein vierstelliges Ergebnis bringen wollen. Sollen wir die Petition an Papst Franziskus weiterleiten und auf diese Weise fortsetzen?

Natürlich. Papst Emeritus Benedikt XVI. hat sich beim Lebensschutz Ungeborener durch seine eindrucksvolle Rede im Parlament in Wien im Jahr 2007 klar positioniert. Vielleicht trägt das dazu bei, dass auch Papst Franziskus, der sich hier bisher zurückhaltend gezeigt hat, sein Herz für die Ungeborenen entdeckt.

Du hast eine vielfältige ehrenamtliche Tätigkeit in der katholischen Kirche der Steiermark entfaltet, hast mit Deiner Frau Hedwig zehn Jahre in der Ehevorbereitung mitgewirkt, hast in verschiedenen diözesanen Gremien mitgearbeitet. Wie ist es dann zum Bruch mit der Diözese gekommen?

Zunächst die Vorgeschichte: Als damaliger Vorsitzender

des Diözesankomitees Katholischer Organisationen Steiermarks (DKO) wurde ich 2003 als Delegierter in den Diözesanrat gewählt und habe dort zusätzlich als Delegierter im Arbeitskreis „Umfassender Schutz des Lebens“ (AK USL) der „Katholischen Aktion“ (KA) mitgearbeitet. Nachdem 2004 ein trauriges Jubiläumsjahr war, nämlich dreißig Jahre Beschlussfassung des Gesetzes der (Lebens) Fristenregelung im österreichischen Nationalrat, haben wir im DKO dieses Schwerpunktthema aufgegriffen und es in den Diözesanrat und den AK USL hineingetragen. Dabei war ich zunächst verblüfft, wieviel Widerstand das kirchen- und KA-intern hervorgerufen hat. Mit der Zeit wurde mir klar warum: Die Kirchenführung in Österreich hatte sich schon seit langem, schon seit Kardinal König, politisch arrangiert und die Ungeborenen aufgegeben. Der damalige Chefredakteur der „Presse“, Dr. Andreas Unterberger, schrieb 2004 in einem Leitartikel vom „Appeasement der Kirche mit der Abtreibung“. Zum Bruch kam es im März 2006, als ein kritischer Gastkommentar von mir in der Wiener Zeitung er-

schien: „Kinder statt Kirchensteuer“. Darin fragte ich die Bischöfe anlässlich ihrer Frühlingskonferenz, ob nicht Maßnahmen zur Rettung der Ungeborenen in Österreich weit aus wichtiger wären als (materielle) Maßnahmen zur Sicherung des Kirchenbeitrags. Daraufhin verlangte die Diözesanleitung in Person des Bischofs und des Generalvikars in einer konzertierten Aktion meinen Rücktritt. In einer daraufhin einberufenen Sitzung des DKO trat damals der gesamte sechsköpfige Vorstand zurück, um eine Spaltung unter den 23 Mitgliedsorganisationen zu verhindern.

Du hast eine „Plattform für das Leben“ gegründet und gibst regelmäßig aktuelle E-Mail-Nachrichten heraus. Das ist ein ziemlicher Arbeitsaufwand. Wie kommst Du an diese wichtigen und interessanten Nachrichten?

Als ich 1979/ 80 ein Jahr in den USA studieren durfte, hat mir jemand dort den Rat gegeben, herauszufinden: „What makes you burn?“ (Wofür brennst Du?). Mein Engagement für den Lebensschutz hat vielleicht auch damit zu tun – eine Aufgabe, die mich nicht loslässt. Die „Allianz für das Leben“ ist eigentlich schon 2004 entstanden, als sich das DKO intensiv mit dem Jahresthema Lebensschutz & Lebensrecht für Ungeborene auseinandergesetzt hat. Durch den Rücktritt als DKO-Vorsitzender Mitte 2006 konnte ich mehr Zeit dafür einsetzen und zudem auf vielen Kontakten aufbauen. Eine Gruppe von Lebensschützern wollte damals vor dem Besuch von Papst Benedikt im Herbst 2007 ein Zeichen setzen und hat ein Manifest für den Lebensschutz herausgegeben. Der Aufruf wurde eine Woche vor dem Besuch veröffentlicht und auch an den österreichischen Nuntius, Erzbischof Dr. Farhat, übermittelt, der ihn postwendend und wohlwollend nach Rom weitergeleitet hat. Aus dieser „Initialzündung“ eines gemeinsamen Manifests zum vergangenen Papstbesuch sind dann regelmäßige Newsletter entstanden. Zu den Nachrichten selbst komme ich auf den verschiedensten Wegen: Lesen, Gedankenaustausch, eigenes Erleben und einfach Nachdenken. Der Verteilerkreis wächst ständig. Bei Interesse: akpriv@speed.at.

Unterstützt Dich Deine Familie in diesem Kampf?

Abgesehen davon, dass ich meiner Familie damit manchmal schon ziemlich auf die Nerven gehe, ja, besonders meine Frau Hedi ist meine wichtigste Stütze. Wir beide halten als Ehepaar dazu auch gemeinsam Vorträge, denn es braucht sowohl die weibliche als auch die männliche Sicht. Der Kampf um das Lebensrecht dieser kleinen Babys ist in besonderer Weise ein geistiger. Er geht an die Wurzeln unserer menschlichen Existenz und hat viele Facetten, die nur Frauen, viele, die nur Männer und solche, die beide betreffen. Daher sollten Frauen und Männer gemeinsam auftreten ungeachtet der heutigen „political correctness“, welche die Kindesabtreibung als reine Frauensache thematisieren will.

Wenn es um den Lebensschutz Ungeborener geht, was schmerzt Dich an der Kirche zur Zeit am meisten?

Die große Kluft zwischen Sein und Schein, zwischen Reden und Handeln tut am meisten weh. Sobald man ein we-

nig an der Oberfläche kratzt, kommen unglaubliche Einstellungen zum Vorschein. Ein mittlerweile verstorbener Grazer Ordenspriester erwiderte mir im Zuge einer heftigen Diskussion um Begräbnisstätten für abgetriebene Kinder auf unseren Friedhöfen plötzlich ungemein heftig: Diese Kinder gingen uns Katholiken doch nichts an, weil sie ungetauft sind und wenn mir das nicht passe, könne ich ja austreten... Oder der steirische Bischof Kapellari, der 2008 als Vortragender einer Abendveranstaltung in Graz vor versammelter Wirtschaftsprominenz auf meine Frage zum mangelnden Schutz Ungeborener antwortete: „Ich bin doch kein Abtreibungsschnüffler“. Man sollte diese Äußerungen nicht als Einzelmeinung abtun, denn sie sind symptomatisch: Die katholischen Priester hierzulande fühlen sich in ihrer großen Mehrheit weder für die massenweise Tötung dieser Kinder noch für deren Rettung verantwortlich – Bergpredigt hin oder her, sie fühlen sich nicht betroffen. Darüber hinaus fehlt den Priestern weitgehend der Mut. Der Großteil schweigt diese Kinder und ihr grausames Schicksal einfach tot und die anderen halten sich schon für tapfer, wenn sie das Wort Abtreibung ohne zu stottern einmal im Jahr in den Mund nehmen zum Beispiel am 28. Dezember, dem Tag der Unschuldigen Kinder. Nur ganz wenige nehmen an Gedenkmessen oder öffentlichen Schweigemärschen für Ungeborene teil und setzen sich damit zusätzlich dem Risiko aus, für klerikal unkorrektes Verhalten in den Bischofshof zitiert zu werden. Ein Lebensschützer hat die bei uns vorherrschende Einstellung vieler Priester auf den Punkt gebracht: Sie schützen weder die Ungeborenen, noch deren Mütter, sie schützen nur sich selbst.

Was würdest Du eigentlich konkret von den katholischen Priestern erwarten?

Bei seiner Rede an die Politiker am 7. September 2007 in Wien hat Papst Benedikt folgendes gesagt: „Vielmehr mache ich mich zum Anwalt eines zutiefst menschlichen Anliegens und zum Sprecher der Ungeborenen, die keine Stimme haben“. Als glaubwürdige Anwälte der ungeborenen Kinder sollten sich katholische Priester endlich so verhalten, wie es die Dramatik der Situation erfordert: Regelmäßig in der Heiligen Messe und öffentlich an die bisher abgetriebenen und die täglich rund 100 bis 200 getöteten Kindern erinnern, wie früher in Kriegszeiten, denn wir sind in einer Art Krieg, Fürbitten lesen, Gedenk- und Begräbnisstätten auf den Friedhöfen errichten zum unbekanntem Kind, so wie früher zum unbekanntem Soldaten, Lebensschutzbeauftragte in den Pfarren nominieren und jeden Pfarrhof zu einem Lebensschutzzentrum umgestalten. So wie Priester in der Zwischenkriegszeit in Betrieben gearbeitet haben, um die Welt der Arbeiter kennenzulernen, so sollten sie heute die bedrohte Welt der Familien und der Mütter neu kennenlernen. Bevor es innerkirchlich zu so einer Wende im Lebensschutz kommt, müssten jedoch die zahlreichen Versäumnisse und Fehler der Vergangenheit aufgearbeitet werden: Appeasement Politik, Im-Stich-Lassen ungeborener Babys

Fortsetzung Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

und ihrer Mütter, uneheliche Kinder... Die Bischofskonferenz sollte sich trauen, unabhängige Fachleute mit einer kritischen Beurteilung der Situation zu beauftragen, ähnlich wie es die sogenannte „Griess-Kommission“ für die Bundesregierung kürzlich im Bereich Hypo Kärnten getan hat. Ohne eine ernste und nachhaltige Gewissensforschung und glaubwürdige Taten der Wiedergutmachung wird sich nichts ändern.

Kannst Du angesichts der wenig tröstlichen Lage heute überhaupt noch an ein gutes Ende glauben?

Die Zeichen für eine Veränderung beim Lebensschutz sind noch recht zart, aber es werden immer mehr. Dazu zählen Gesetzesänderungen, die Kindesabtreibung erschweren, in

immer mehr Bundesstaaten der USA, eine präzisere und überzeugendere Sprache der Lebensschützer, ein immer klareres Bild über die Folgewirkungen einer Massenabtreibungspolitik für die Familien und die ganze Gesellschaft sowie eine langsam aber stetig wachsende Anzahl von Menschen und Organisationen, die sich für Pro Life einsetzen. Jedenfalls bin ich felsenfest von einem guten Ende überzeugt. Ob die Mauern des Schweigens und der Lüge morgen, in einem Jahr oder in fünfzig Jahren fallen werden, weiß ich natürlich nicht, aber sie werden eines Tages so sicher fallen, wie der Eisene Vorhang und die Berliner Mauer 1989 gefallen sind.

Die Redaktion „Nie Wieder“ dankt für das ausführliche Gespräch.

Schlacht um „Pille danach“ ist verloren:

Deutscher Gesundheitsminister plant Verkauf

Das Ringen hat ein Ende: Die „Pille danach“ soll künftig auch in Deutschland rezeptfrei erhältlich sein. Damit folgt das Bundesgesundheitsministerium der Entscheidung der EU-Kommission. Das deutsche Recht solle für beide Präparate, die derzeit auf dem Markt seien, angepasst werden, erklärte Bundesgesundheitsminister **Hermann Gröhe** (CDU) am 8. Jänner auf Anfrage. Bei den Präparaten handelt es sich um „EllaOne“ mit dem Wirkstoff Ulipristalacetat und „Pidana“, das auf dem

Wirkstoff Levonorgestrel basiert.

Ende November hatte eine Empfehlung des Europäischen Arzneimittel Ausschusses EMA den letzten Anstoß gegeben. Der Ausschuss empfahl, das Kontrazeptivum „EllaOne“, das zentral über die EU zugelassen wurde, aus der EU-weiten Rezeptpflicht zu entlassen. Aus Sicht der EMA gibt es keine gesundheitlichen Bedenken für eine rezeptfreie Abgabe. Am 7. Jänner entschied die EU-Kommission, der Empfehlung zu folgen und die

rezeptfreie Abgabe zu erlauben. Die Entscheidung wird im Arzneimittelregister veröffentlicht und tritt damit in Kraft.

„Wenn ein Kind von sich aus lebt, muss ich ihm die Möglichkeit geben, sich zu entwickeln“, sagt **Josef Lingenhöle**. Er ist schweizer Frauenarzt. Schwangerschaftsabbrüche lehnt er strikte ab.

Die Ungeborenen nicht übersehen

„Wir dürfen die Ungeborenen nicht übersehen. Eine Gesellschaft, die die Schwächsten übersieht, wird auf Dauer keine Zukunft haben.“ Das betonte der Kärntner Bischof **Alois Schwarz**

in einem Interview im Kärntner „Sonntag“. **Schwarz** bekräftigte die Kritik der katholischen Kirche am geplanten Fortpflanzungsmedizingesetz: „Ich habe ein Problem damit, wenn es heißt: ein Recht auf das Kind mit allen Mitteln. Nicht alle Mittel dürfen erlaubt sein.“ Letztlich gehe es um das Recht des Kindes zu wissen, wer Vater und Mutter sind. Die soziale und die leibliche Mutterschaft zu trennen, führe zu fatalen Folgen, warnte der Bischof.

Das Verwaltungsgericht

Berlin hat das unter dem Fernsehturm der Hauptstadt geplante „Körperwelten“-Museum mit präparierten menschlichen Leichen erlaubt. Eine Wanderausstellung kommt jetzt auch nach Wien.

Finanziert die Caritas Tötung Ungeborener?

Vermutet wird es schon seit langem. Neben dem politisch-korrekten Verein „Aktion Leben Österreich“, der auch von der politisch-korrekten katholischen Bischofskonferenz gefördert wird, dürfte die Caritas in Österreich in die Tötungsgeschäfte mit ungeborenen Kindern involviert sein. Darauf weist zumindest ein Dokument aus dem Jahr 2004 hin, das schon seit längerem in Lebensschützerkreisen kursiert und auf dem allem Anschein nach eine Caritas-Stelle in Wien für eine Asylwerberin die wesentlich ermäßigten Tötungskosten für deren eigenes Kind übernehmen.

Die Beteiligung katholischer Einrichtungen an solchen Verbrechen (zumindest nach katholischen Lehre) scheint aber nur die Spitze des Eisbergs zu sein. Das katholischen Hilfswerk Caritas Internationalis (CI), in der die Caritas-Verbände von mehr als 160 Ländern zusammengeschlossen sind, unterstützt seit 2004 die Aktivitäten des World Social Forum (WSF) mit Sitz in Porto Alegre in Brasilien. Die CI ist seit 2011 offizielles Mitglied des WSF und gehört dessen Internationalem Rat an.

Damit bestimmt die Caritas die Ziele, die politische Ausrichtung und die Strategien des WSF mit. Dazu gehören auch die sogenannten „zivilen“ und „sexuellen“ Rechte, oder anders ausgedrückt: die Gender-Ideologie, LGBT-Agenda, Homosexualisierung, weltweite Liberalisierung der (Kinder-) Abtreibung und verschiedener „reproduktiver Techniken“, globale Geburtenkontrolle, Feminismus und Ökologismus (katholisches.info, 15.10.14).

Andreas Kirchmair